

# Rote Karte für Windkraft(-Gegner)?

## Oskar Lafontaines Ablehnung legt aktuelle Probleme linker Energiepolitik offen.

Jörg Staude

*Die Blutgrätsche gilt unter Fußballern als brutales Foul. Weil es so gar keine Chance gibt, an den Ball zu kommen, werden dem gegnerischen Spieler die Beine weggehauen. Schiedsrichter sollten da keine Gnade kennen: Rote Karte.*

---

Das Bild von der Blutgrätsche bemühten jüngst ansonsten eher zurückhaltende LINKE-Ökologen wie Eva Bulling-Schröter und Wolfgang Methling. Sie watschten aber nicht den politischen Gegner ab, sondern einen aus der eigenen Mannschaft: Oskar Lafontaine, u.a. Ex-Parteivorsitzender und heute Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag des Saarlandes. Ende November hatte Lafontaine in einem Interview mit der »Saarbrücker Zeitung« sowie in einem Beitrag für die »FAZ« einen Ausbaustopp für Windkraft in der Bundesrepublik gefordert. Das steht in glasklarem Widerspruch zur geltenden Energiepolitik der LINKEN. Lafontaine begründete den Vorstoß damit, es seien »neue Argumente« (gegen die Windkraft) aufgetaucht. So habe diese 2012 nur 1,3 Prozent der in Deutschland verbrauchten Primärenergie geliefert, sei selbst bei einem - angenommenen - verdoppelten Anteil praktisch bedeutungslos für Energieversorgung und Klimaschutz.

Energetisch Bewanderte wissen natürlich: In die Bemessung der Primärenergie fließt jede Tonne Kohle, jeder Liter Benzin, Diesel oder Schweröl und auch jede Wärmekalorie ein, die in der Bundesrepublik eingesetzt werden. Wer die Primärenergie zum Maßstab nimmt, kann die Realität unter der Hand verzerren: Weil beispielsweise ein Kohlekraftwerk, um Strom zu erzeugen, bekanntlich mehr als die Hälfte seiner Primärenergie ungenutzt in die Umwelt bläst, treibt das automatisch den Anteil erneuerbarer Quellen statistisch nach unten. Fossile Energieverschwendung lässt Erneuerbare auf Bonsai-Größe schrumpfen.

Lafontaines 1,3-Prozent-»Argument« zeigt, darauf weisen die Ökologen ebenso hin: Die Erneuerbaren spielen bei Mobilität und Wärmeerzeugung keine große Rolle. Der ökologisch fragwürdige Einsatz so genannten Biosprits oder die Rettung der Automobilität durch Elektroautos sprechen hier Bände.

Tatsächlich steht die Energiewende, von der viele schon die Nase voll haben, in der Bundesrepublik noch am Anfang. Das Umsteuern beschränkt sich bislang auf den Strombereich und hier zudem auf die Erzeugung. Doch schon dieses »Wendchen« führt zu nahezu unüberbrückbaren Differenzen in den politischen Lagern. Strittig auch unter LINKEN ist ja nicht allein die Windkraft. So plädieren Teile der Partei, darunter auch Lafontaine, für den Erhalt eines Stein- oder Braunkohlebergbaus als »Brückentechnologie«. Wie man eine Stromerzeugung, die 2013 so boomte wie zuletzt vor 20 Jahren, als temporäre »Brücke« verkaufen kann, wird dabei das Geheimnis der Kohlelobby bleiben.

Ein entscheidender Vorteil erneuerbarer Energien liegt in der Rückholbarkeit, der weitgehenden Reversibilität ihrer ökologischen Folgen. Windkraft- und Solaranlagen, Biomassewerke und oberflächennahe Geothermie lassen sich im

Gründe zu einer »grünen Wiese« zurückbauen. Das kann man von der Atomkraft mit ihrem ungelösten Endlagerproblem wie auch von fossilen Energien nicht sagen. Sie hinterlassen unter wie über Tage langfristige ökologische Lasten. Die größten, noch gar nicht bezifferbaren Ewigkeitskosten entstehen durch den immer drastischeren Klimawandel. Wer bei aller Kritik an überdimensionierten Windanlagen solch grundlegenden Unterschied nicht sieht oder sehen will, hat sich geistig noch nicht vom fossilen Zeitalter gelöst.

Aber man muss auch zur Kenntnis nehmen: Die Konflikte um die »Verspargelung« der Landschaft spalten bundesweit ganze Gemeinden, entzweien friedliche Kommunen und stürzen auch linke Kommunalpolitik nicht selten in die Handlungsunfähigkeit. Für Konflikte sorgen besonders die (Modernisierungs-)Gewinne, die verpachtende Grundstücksbesitzer gegenüber denjenigen haben, deren Eigentum durch reale wie angenommene Belästigungen an Wert verliert. In der Immobilienbranche reicht es bekanntlich aus, wenn Siedlungsgebiete angeblich einen sich verschlechternden Ruf haben, damit der Wert von Grundstücken und Häusern in den Keller rutscht.

Auf dieser sozialen Klaviatur spielt Lafontaine pathetisch, wenn er in den Medien die »Zerstörung der Kulturlandschaft« durch Windräder beklagt. Dass die romantisch verklärte »Kulturlandschaft« oder »Heimat« gerade durch die fossile Energiewirtschaft, so in der Lausitz oder im Rheinland, auf Generationen real verwüstet wird, wird da leichter Hand unter den Tisch gekehrt.

Lafontaines Unwohlsein gegenüber der Windkraft hat einen handfesten energiepolitischen Hintergrund. Brandenburg zum Beispiel verfügt inzwischen über so viel regenerative Stromerzeugung, dass es sich damit bald zu 100 Prozent selbst versorgen kann. Bekanntlich verfügt das Bundesland aber auch über enorme Kapazitäten an Braunkohlestrom. Dieser fossile Strom geht also - rein rechnerisch - in den »Export« in andere Bundes- oder EU-Länder.

Die wirtschaftlichen Motive des allseitigen Energiebooms sind unübersehbar: Bei der Wertschöpfung gehört Strom zu den wenigen Export-, Wachstums- und Wohlstandspotenzialen, die strukturschwache Regionen überhaupt haben. Die beliebten Stichworte in der Debatte lauten dann: Arbeitsplätze, Arbeitsplätze und nochmals Arbeitsplätze.

Wer gegen Windkraft ist, macht diese Rechnung umgekehrt auf: Der Windstrom, heißt es dann, werde gar nicht gebraucht und diene nur dem billigen und subventionierten »Export«, der dank der vor allem von den privaten Haushalten bezahlten EEG-Umlage möglich ist. Das gebiert jede Menge Gerechtigkeitslyrik im Internet. Die »ganze Ökoenergiewende« sei »ein gigantisches Umverteilungsmanöver von den kleinen Einkommen zu den Depots der Bionadebourgeoisie«, lautet einer der noch harmloseren Sprüche.

Die Bürgerinnen und Bürger, nicht nur in Brandenburg, dürfen sich allerdings schon fragen, warum sie eine energetische Doppelversorgung aushalten und bezahlen sollen - mit dem Ausblick auf weiter abgebagerte Orte, dem steten Bangen vor der kohlerettenden CCS-Technologie oder alternativ mit der Aussicht auf überdimensionierte Wind»parks« vorm Fenster. Steigende Strompreisen drohen ja so oder so.

Ein politisches Umsteuern gegen die Doppelversorgung ist nicht in Sicht, auf Bundesebene nicht und nicht in den betroffenen Ländern. So stellte die rot-rote Landesregierung in Brandenburg im September 2013 Vattenfall und der »Brückentechnologie« Braunkohlestrom eine weitgehende Garantie bis 2030 aus. Zugleich aber sollen nach dem Willen der Landesregierung bis zu zwei Prozent der Landesfläche als Windeignungsgebiete ausgewiesen werden. Letzteres geht nur, wenn man auch Wälder für geeignet hält. Zwischen Baumwipfeln haben Windkraftanlagen aber wirklich wenig bis nichts verloren. Solche Konfliktfelder als »ästhetische Debatte« abzutun, wie es linke Ökologen gern tun, mag polemisch seinen Sinn haben, wird aber der realen Problemlage in den Gemeinden und Regionen nicht gerecht.

Auf der Internetseite »Klimaretter.info« wird Lafontaines Forderung nach einem Ausbaustopp mit den Worten abgewatscht, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sei eines der marxistischsten Gesetze, das die Bundesrepublik je kannte, weil es die aktieninhabenden Kapitalisten der vier großen Energiekonzerne enteigne und die Produktionsmittel in die Hände des Volkes umschichte. Ob das so stimmt, darüber kann man sicher diskutieren. Klar ist aber: Zur angestrebten Umschichtung der energetischen Produktionsmittel bedarf es noch einiger politischer Anstrengungen, damit diese

wirklich in die Verfügungsgewalt von Kommunen, von Bürgerkraftwerken oder anderen demokratisch zu beeinflussenden Eignern geraten.

Dennoch: Dass Lafontaine diese Chance einer ökologisch-demokratischen Energiewende nicht erkennt, ist kaum mit Unkenntnis zu erklären. Da muss es tiefere Gründe geben. Einer ist möglicherweise der fehlende Glaube, dass sich die industrielle Wertschöpfung der Bundesrepublik auf eine 100-prozentig erneuerbare Basis aufbauen lässt. Kann es ausreichend Wertschöpfung geben, wenn auf die Vorteile fossiler Energien - hohe Energiedichte bei vorhandener Infrastruktur - verzichtet wird? Sind blinkende Windräder statt dampfender Kühltürme die richtigen Zeichen der Zeit? Aus diesem Gefühl interpretiert Lafontaine die Zahl von 1,3 Prozent als ökonomisches Scheitern der Erneuerbaren. Das ist insofern logisch, als die Erneuerbaren niemals den heutigen (Primär-)Energieverbrauch der Bundesrepublik eins zu eins werden decken können. Dazu müsste man dann wirklich die gesamte Landschaft »verspargeln«, mit Solarpaneelen und Maismonokulturen zudecken. Oder einem neuen Energiegigantismus huldigen, der sich in Wüstenstromprojekten wie Desertec manifestiert.

Das ist keine Option, wie jedem Grünlinksdenkenden klar sein dürfte. Linke Energiepolitik hat immer einen Mehrklang - von einem, je nach regionalen Möglichkeiten, »Mix« erneuerbarer Erzeugung; von einer nicht nur relativen, sondern deutlichen absoluten Energieeinsparung; von einer Energiewende nicht nur beim Strom, sondern auch bei Wärme, Heizung und Verkehr sowie von einer gerechten Verteilung der Modernisierungsgewinne durch die Energiewende.

Vor Jahren noch betonte auch die linke politische Rhetorik, dass künftig das Einsparen die wichtigste Quelle sein müsse, um den wachsenden Energiebedarf zu decken. Effizienz sei dabei nicht nur eine Sache der Technik, sondern auch eine der Lebensweise, der Kultur. Angesichts steigender Strompreise, der Entmietung durch energetische Modernisierung oder der steten Verteuerung von Mobilität finden Einsparkonzepte aber immer weniger Resonanz. Seit die Verfügung über ausreichend Energie zum Wohlstandsgut wird, werden umgekehrt Sparzwänge mit Armut identifiziert, mit kalten dunklen Wohnungen und erzwungenem Verzicht auf Mobilität.

Man muss sich nur einmal vorstellen, die Grünen hätten im letzten Wahlkampf nicht den vergleichsweise harmlosen »Veggie-Day«, sondern monatlich einen auto- oder flugfreien Tag gefordert. Eine noch vernichtendere öffentliche Resonanz wäre ihnen gewiss gewesen.

Wer in einer solch fragilen Situation, in der die ökologisch und sozial notwendige Energiewende auf der Kippe steht, zur »Blutgrätsche« ansetzt, kann sich, wenn schon nicht eine Rote, aber doch eine Gelbe Karte einhandeln.

---

Quelle: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/920442.rote-karte-fuer-windkraft-gegner.html>